



LAG KJS NRW

jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 37 / Dezember 2003

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

mit der heutigen Ausgabe von *jugendsozialarbeit aktuell* legen wir Ihnen den dritten und zunächst abschließenden Beitrag zur Geschichte der Jugendsozialarbeit vor. Er spannt den Bogen von 1955 bis heute, vom Wirtschaftswunder bis zur Schuldenkrise, vom Sozial- bis zum Reformstaat.

Die Veränderungen werden sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen: Demografische Entwicklung, lahrende Konjunktur und Strukturprobleme leeren die Staatskasse, gesellschaftliche Risiken werden zunehmend individualisiert, soziale Dienstleistungen dem freien Markt unterworfen - Jugendsozialarbeit wird im Jahr 2010 deutlich andere Konturen haben als heute.

Gerade in dieser Situation wünsche ich Ihnen, auch im Namen des Vorstandes und aller Mitarbeiter(innen) der LAG KJS NRW, für das bevorstehende Weihnachtsfest und das neue Jahr Mut, Kraft und Glauben, die Herausforderungen anzunehmen und sich für die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen einzusetzen.

Thomas Pütz M.A.
Direktor

Ausdifferenzierung der Jugendsozialarbeit

Manfred Hermanns

Jugendsozialarbeit als Antwort auf veränderte Bedürfnisse und neue Herausforderungen

Wirtschaftswunder, Vollbeschäftigung, Trends zur Dienstleistungsgesellschaft, Bildungsexpansion, Mitbestimmung, Studentenrebellion, Ölschocks, neue Arbeitslosigkeit, Deutschland als Einwanderungsland, Asylbewerberzustrom, Computer am Arbeitsplatz, Wende in den Ostblockländern, Wiedervereinigung, Wandel des Sozialstaates mögen einige der subjektiv ausgewählten, aber doch wohl kennzeichnenden Stichworte der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis 2003 sein. Jugend ist in diesen 50 Jahren nicht gleich geblieben, sie wuchs unter jeweils veränderten Bedingungen auf und musste sich mit diesen auseinandersetzen. Soziologen können einen Wechsel der Generationen beobachten: „skeptische Generation (Schelsky 1957), „Generation der Unbefangenen“ (Blücher 1966), „68er Generation“, „verunsicherte Generation“ (Sinus-Institut 1983), Begriffe, die in ihrer jeweiligen Zeit schon umstritten waren. Inzwischen wird eine solche Charakterisierung der gegenwärtigen Generation gar nicht mehr versucht, sondern für sie werden eher mehrere Typen wie die „Kids“, die „Gesellschaftskritisch-Loyalen“, die „Traditionellen“, die „Konventionellen“ und die „Noch-Nicht-Integrierten“ einander



gegenübergestellt (Jugend '97). Jugendsozialarbeit musste sich der Entwicklung stellen, die jeweils veränderten Bedürfnisse der Jugendlichen wahrnehmen und neuen Herausforderungen wie der plötzlich seit 1973 wieder einsetzenden Jugendarbeitslosigkeit, der Zuwanderung von Spätaussiedlern, Gastarbeitern und Asylbewerbern, ab 1990 der Ausbildungsplatznot und der Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern begegnen.

Die Heimstatt-Bewegung diagnostizierte diese Veränderung und stellte die Frage „Heimstatt - wohin?“. Es sind Aufgaben anderer Art, „die Jugendwohnheime als notwendig erscheinen lassen. Der außerordentlich starke Rückgang an Jugendlichen aus der SBZ und aus dem Kreis der Vertriebenen ist ... durch Zugang an westdeutschen Jugendlichen ausgeglichen worden“ (Breuer 1961, 13). Jugendwohnheime wurden jetzt wegen der gestiegenen sozialen und beruflichen Mobilität, der Tendenz zu qualifizierten Ausbildungsgängen, dem Bedürfnis nach Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch als verbesserte Startchancen für benachteiligte Jugendliche erforderlich. Wandlungsfähigkeit wurde zu einem Postulat der Jugendsozialarbeit, die Karl Hugo Breuer 1971 treffend zum Ausdruck brachte: „Jugendsozialarbeit kann nicht als ein für allemal festlegbarer Bereich bestimmter Aufgaben ... verstanden werden. Ihre Aufgabenstellung muss immer wieder neu von den Gegebenheiten der sozialen Schichtung und von den großen Abstiegs- und Aufstiegsprozessen in unserer Gesellschaft bestimmt werden. Jugendsozialarbeit kann sich nicht statisch, sondern muss sich dynamisch verstehen und verwirklichen, sie muss dem jungen Menschen und seinen wirklichen Bedürfnissen im Wandel der Gesellschaft auf der Spur bleiben und ihren Einsatz, ihr Angebot, ihre Heime und Maßnahmen von daher immer wieder überprüfen, infragestellen, ggf. umorientieren, abbauen und neue entwickeln.“ (Breuer 1971, 125)

Das „Wirtschaftswunder“ brachte nicht allein Vollbeschäftigung, sondern bald Knappheit an Arbeitskräften. Seit Anfang der 60er Jahre wurden Gastarbeiter ins Land geholt. Für sie und ihre Familien gab es jedoch bald Eingliederungsprobleme (u.a. Maturí 1961, 1967), so daß berufsbildende Maßnahmen ergriffen und Wohnheimplätze für sie geschaffen werden mußten.

Dem wirtschaftlichen Aufschwung war zunächst keine vergleichbare Bildungsexpansion gefolgt. Die Mitte der sechziger Jahre einsetzende Diskussion um „Bildungsnotstand“ und „Bildungskatastrophe“ trieb nicht allein die Abiturientenzahlen in die Höhe, sondern brachte auch Reformen für die berufliche Bildung. 1968 verabschiedete die Große Koalition das Berufsbildungsgesetz und 1969 das neue Arbeitsförderungsgesetz, das in § 40 die Möglichkeiten der Gewährung einer Berufsausbildungshilfe für die Teilnahme an Grundausbildungs- und Förderungslehrgängen regelte, soweit den Teilnehmern die hierfür erforderlichen Mittel nicht anderweitig zur Verfügung standen (Schober 1990, 413). Ein wesentlicher Grund für die Einrichtung dieser berufsvorbereitenden Lehrgänge war neben der kurzen Rezession 1966/67 der Anfang der 70er Jahre stark ansteigende Anteil von Hauptschulabbrechern und Sonderschülern, deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt schon damals Schwierigkeiten bereitete. Die Förderungslehrgänge, die inhaltlich dem 1975/76 in NRW eingeführten schulischen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) entsprachen, wurden von der Bundesanstalt für Arbeit in Verbindung mit verschiedenen Trägern der Jugendsozialarbeit durchgeführt.

Die Grundausbildungslehrgänge kamen inhaltlich dem Berufsgrundbildungsjahr recht nahe. Sie zielten darauf ab, Berufsanwärtern eine berufszielgerichtete Vorbereitung zu bieten, wenn ein unmittelbarer Übergang in eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung nicht möglich war. Die Motivation der Teilnehmer für eine berufliche Ausbildung sollte erhalten und gefestigt werden.

Daneben gab es Informations- und Motivationslehrgänge von ein- bis dreimonatiger Dauer. Auch wurden besondere Eingliederungsmaßnahmen für jüngere ausländische Arbeitslose angeboten. So entstand ein ganzes Bündel von Maßnahmen der Jugendberufshilfe, die nicht allein von Trägern der Jugendsozialarbeit, sondern auch von Arbeitsamt, Schulen und überbetrieblichen Werkstätten durchgeführt wurden.

Jugendarbeitslosigkeit seit 1973

Nach etwa 20 Jahren der Hochkonjunktur, nur kurz durch die Rezession von 1966/67 unter

brochen, stieg seit der Ölkrise von 1973 die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland schnell an und erreichte 1975 erstmals die 1-Millionen-Grenze und 1982 fast die 2-Millionen-Marke. 1983 wurde sie überschritten. Die Arbeitslosigkeit hatte ein Ausmaß erreicht, das dem nach der Währungsreform 1948 vergleichbar war. Neben konjunkturellen Ursachen wurden auch strukturelle erkannt. Schon damals wurde auf zu hohe Steuer- und Zinsbelastungen und zu sehr gestiegene Lohnnebenkosten im Verhältnis zu den Güterpreisen hingewiesen.

Die Arbeitslosigkeit betraf in zunehmenden Maße Jugendliche unter 25 Jahren. Waren 1974 noch 157 800 Jugendliche ohne Arbeit, so waren es 1977 bereits 267 900. Anfang der 80er Jahre stieg die Jugendarbeitslosigkeit nach der zweiten Ölkrise sogar auf mehr als 620 000. In diesen 80er Jahren kam erschwerend hinzu, daß die geburtenstarken Jahrgänge aus der Mitte der 60er Jahre auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängten. 1983 betrug die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 20 Jahren 9,7 und die der 20 bis unter 25jährigen 13,3 %. In den Jahren 1983 bis 1989 übertraf die Zahl der registrierten weiblichen arbeitslosen Jugendlichen die der männlichen arbeitslosen Jugendlichen. Darin wirkte sich auch die verstärkte Berufsorientierung der weiblichen Jugend aus (Hermanns, 1990, 22-25).

Besonders hoch war in diesen Jahren die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Risikogruppen waren zudem

- vorzeitige Abgänger aus Realschule und Gymnasium,
- behinderte Jugendliche im engeren Sinne,
- ausländische Jugendliche,
- Jugendliche in strukturschwachen Regionen (Ebd., 26).

Diese neue Situation stellte Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe vor starke Herausforderungen. Bund, Länder, Kommunen, die Bundesanstalt für Arbeit, freie Träger, Kirchen starteten eine Fülle von Maßnahmen, um die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen zu reduzieren. Es lassen sich je nach Schwergewicht sozialpädagogische, schulpädagogische und bildungspolitische sowie sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Projekte un-

terscheiden. Nach den Richtlinien des Bundesjugendplans von 1976 wurden 19 dreijährige Modellprojekte unter wissenschaftlicher Begleitung gefördert (Weinschenk 1980, Hermanns 1981), die, fußend auf Aktionsforschung, Vorschläge und Perspektiven für weitergehende Maßnahmen unterbreiteten. Man erkannte immer mehr, daß auch die vorwiegend bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zusätzlich der sozialpädagogischen Hilfe bedurften. Jugendberufshilfe sollte als Teil eines „Verbundsystems“ verstanden werden, in dem freie Träger der Jugendsozialarbeit mit Schulen, Arbeits-, Jugend- und Sozialämtern zusammenarbeiteten. Die Arbeitslosenprojekte dürften „keine Inseln, keine autarken pädagogischen Provinzen“ sein (Breuer 1986, 46).

Aus der Anerkennung der notwendigen Kooperation von Lehrern und Sozialarbeitern/ Sozialpädagogen entstand die Schulsozialarbeit, die zwar auch Vorläufer hatte, aber jetzt zu einem eigenständigen Aufgabenfeld als Ergänzung zu anderen Sozialisationsinstanzen entwickelt wurde.

Wegen der besonderen Schwierigkeiten der Mädchen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wurde die Mädchensozialarbeit als weiteres Berufsfeld der Jugendsozialarbeit/ Jugendberufshilfe entdeckt und ausgebaut. Die geschlechtsspezifischen Hilfen sollen weibliche Lebensentwürfe berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen.

Für vielfältige Gruppen körperlich, seelisch und geistig Behinderter wurden eigene Berufsförderungswerke und Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation sowie Zentren der Umschulung und Fortbildung geschaffen. Die Zeit nach 1973 kann als eine Epoche zunehmender *Ausdifferenzierung* der Jugendsozialarbeit bezeichnet werden.

Nach den tiefgreifenden Wandlungen der letzten Jahrzehnte konnte das 1953 unzureichend novellierte Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 den veränderten Ansprüchen nicht mehr genügen. 1990 wurde endlich ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz verabschiedet, das die Rechtsgrundlagen der Jugendhilfe umfassend neu gestaltete. Erstmals wurde der Jugendsozialarbeit ein eigener Paragraph gewidmet. In § 13 werden Zielgruppen und Aufgaben benannt, letztere jedoch vorrangig als Kannleistungen. Sie werden für junge Menschen mit sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen angeboten,

Beeinträchtigungen angeboten, nicht jedoch für die Jugend insgesamt in *gesellschaftlicher* Notlage, z. B. in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit, in der alle Jugendlichen von diesem harten und oft lebensentscheidenden Schicksal betroffen sein können.

Neue Aufgaben nach der Wiedervereinigung

Nicht individuelle Benachteiligungen und Defizite waren es, die nach der Wiedervereinigung in den fünf neuen Bundesländern nach wirtschafts-, bildungs- und jugendpolitischen Strukturreformen riefen. Die Transformationsarbeitslosigkeit im bisherigen Ostblock unterscheidet sich von den bisher bekannten Formen konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit neuen Typs war und ist auch heute noch bedingt durch die Umstellung von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und den damit einhergehenden Anpassungsprozessen der Wirtschaft an die neue Wettbewerbssituation und den beschleunigten Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

Nicht allein ein neues Wirtschaftssystem wurde eingeführt, sondern ein ganz neues Geflecht von gesellschaftlichen Organisationen mußte aufgebaut werden, darunter die im Westen zur Selbstverständlichkeit gewordenen Wohlfahrts- und Jugendverbände. Im Ostblock paßten freie Träger nicht ins staatsdirigistische System. Unter solchen Wandlungsbedingungen reichen Kannbestimmungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zur Behebung von neuer Berufsnot der Jugendlichen (Arbeits- und Ausbildungsstellenmangel) nicht aus. Trotz erheblicher Aufbauleistungen in der Wirtschaft und im Bildungssystem und neuer Projekte der Jugendberufshilfe sind Hunderttausende Jugendliche aus den neuen in die alten Bundesländer geströmt, um im Westen ein neues Leben zu wagen. Aber auch die westlichen Bundesländer werden der veränderten Jugendsituation nicht gerecht. Wenn in Zeiten der Mobilität die staatlichen Mittel für Jugendwohnen drastisch gekürzt werden, wie dies in den letzten Jahren geschah, ist dies ein Unrecht gegenüber der jungen Generation. Durch eine kurzsichtige Politik geraten sozialpädagogische Jugendinstitutionen in Gefahr, die Jahrzehnte effektive Arbeit für eine nachwachsende Generation geleistet haben.

Literatur:

Blücher, Graf Viggo: Die Generation der Unbefangenen. Düsseldorf/ Köln 1966.

Breuer, Karl Hugo: Heimstatt - wohin? 1. Aufl. Köln 1961, 2. Aufl. 1965, 3. Aufl. 1970.

Ders.: Jugendsozialarbeit im Wandel. In: Die Heimstatt, Jg. 19, 1971, S. 124-139.

Ders.: Jugendarbeitslosigkeit - eine Herausforderung für die Jugendhilfe. In: Die Heimstatt, Jg. 34, 1986, S. 36-48.

Hermanns, Manfred: Aktionsforschung zur Jugendberufshilfe. Maßnahmen, Ergebnisse, Perspektiven. In: *Breuer, Karl Hugo u.a. (Hg.)*, Jahrbuch für Jugendsozialarbeit II. Köln 1981, S. 3-126.

Ders.: Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialgeschichtlicher und soziologischer Vergleich. Opladen 1990.

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend '97. Opladen 1997.

Maturi, Giacomo: Bildungs- und Ausbildungsprobleme ausländischer Arbeitnehmer. Düsseldorf 1961.

Ders.: Bildungs- und Ausbildungsprobleme ausländischer Arbeitnehmer. Berlin 1967.

Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Düsseldorf/ Köln 1957.

Schober, Karen: Zwischen Schule und Beruf. Zur wechselhaften Entwicklung der von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Berufsvorbereitungsmaßnahmen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 86, 1990, S. 412-429.

SINUS-Institut: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Opladen 1983.

Weinschenk, Reinhold: Abschlußbericht über ein Modell der Jugendarbeit für Berufsanfänger, vor allem für Un- und Angelernte, sowie für jugendliche Arbeitslose und Jugendliche, die keinen Arbeitsplatz finden können. In: *Breuer, Karl Hugo u.a. (Hg.)*, Jahrbuch für Jugendsozialarbeit I. Köln 1980, S. 56-131.

IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Postfach 290 250
50524 Köln
EMAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

VERANTWORTLICH: Thomas Pütz M.A.

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln GmbH & Co. KG

HERAUSGEBER: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG KJS NRW)